

FAKT ODER FAKE (5)

Macht der Niedrigzins arm?

Die Behauptung: »Die Sparer verlieren allein in diesem Jahr 100 Milliarden Euro«, sagt Bayerns Finanzminister Markus Söder. Schuld daran sei die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Er unterschlägt, dass viele Menschen davon profitieren **VON MARK SCHIERITZ**

Eine flotte Zahl, ein populäres Thema: Markus Söder weiß, wie man in die Schlagzeilen kommt. »Angesichts der Nullzinspolitik der EZB bedeuten zwei Prozent Inflation, dass die Sparer allein in diesem Jahr 100 Milliarden Euro verlieren«, sagte der bayerische Finanzminister vergangene Woche und schaffte es damit immerhin auf die erste Seite des Wirtschaftsteils der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Es sei »höchste Zeit für eine Abkehr von der ultralockeren Geldpolitik«.

Tatsächlich hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins auf null gesenkt, um die Wirtschaft zu stützen. Und tatsächlich ist die Inflationsrate in Deutschland im Februar auf 2,2 Prozent gestiegen. So weit sind Söders Ausführungen korrekt. Aber wie kommt er auf 100 Milliarden Euro Verlust für deutsche Sparer?

Anfrage beim bayerischen Finanzministerium: Wie hat der Minister gerechnet? Antwort: Das Sparvermögen der deutschen Privathaushalte beläuft sich auf rund fünf Billionen Euro. »Zwei Prozent auf fünf Billionen ergibt 100 Milliarden. Ganz einfach.«

Ganz so einfach ist es allerdings nicht. Denn Söder nimmt offenbar an, dass die gesamten fünf Billionen an Geldvermögen – es sind nach Daten der Bundesbank genau 5,5 Billionen – keinerlei Rendite einbringen. Nur in diesem Fall würde sich die Kaufkraft des Ersparnis bei einer Inflationsrate von zwei Prozent tatsächlich auch um zwei Prozent pro Jahr und damit um insgesamt 100 Milliarden Euro verringern.

Das trifft jedoch nicht zu. So sind laut Bundesbank etwa zwei Billionen Euro bei Versicherungen angelegt. Und die großen Versicherungskonzerne haben die Zinsen, die sie an ihre Kunden auszahlen, zwar gesenkt – in der Regel

aber nicht auf null Prozent. Bei der Allianz beispielsweise gibt es auf Lebensversicherungsguthaben in diesem Jahr immerhin noch 2,8 Prozent Rendite. Auch bei einer Inflationsrate von 2,2 Prozent vermehrt sich das Kundenvermögen also noch, wenn auch langsamer als früher.

Nur rund 2,1 Billionen Euro lagern auf klassischen Bankkonten oder werden von den Verbrauchern als Bargeld gehalten. Davon ist ein großer Teil kurzfristig angelegt, zum Beispiel auf dem Girokonto. Auf dieses Geld gibt es in der Regel tatsächlich keine Zinsen mehr, weshalb es, wie von Söder beschrieben, entwertet wird. Damit ergibt sich aber ein maximaler Verlust in Höhe von 42 Milliarden Euro – zwei Prozent von 2,1 Billionen Euro.

Das ist nicht einmal halb so viel, wie Markus Söder behauptet. Und dabei kommt er noch gut weg, denn von den 2,1 Billionen Euro entfallen etwa 600 Milliarden Euro auf Spareinlagen und Sparbriefe. Wie diese Gelder im Einzelnen verzinst werden, lässt sich nicht ermitteln. Gesichert ist aber, dass gerade ältere Sparverträge häufig durchaus noch Zinsen abwerfen. Deshalb müssten sie eigentlich auch gesondert betrachtet werden.

Was Söders Rechnung überhaupt nicht berücksichtigt: Viele Menschen profitieren von den niedrigen Zinsen. Etwa eine Billion Euro haben die Bundesbürger in Aktien oder Investmentfonds gesteckt. Die Aktienkurse aber haben in den vergangenen Monaten kräftig zugelegt. Die meisten Menschen besitzen überdies nicht nur Geld, sondern auch Schmuck, Autos, Wohnungen, Häuser. Dieses sogenannte Sachvermögen ist in den meisten Fällen viel wichtiger als das Finanzvermögen. Nach Schätzungen der Bundesbank besitzt jeder Haushalt im Schnitt 187 000 Euro an Sachvermögen, aber nur 53 900 Euro an Finanzvermögen.

Der wichtigste Sachvermögensgegenstand wiederum sind Immobilien – 44 Prozent der Haushalte leben in einem Haus oder einer Wohnung, die ihnen selbst gehört. Und wenn die Zinsen sinken, fällt der Wert einer Immobilie in der Regel nicht, sondern steigt. In den großen Städten haben sich die Immobilienpreise in den vergangenen Jahren nicht selten verdoppelt, wodurch Immobilienbesitzer zumindest auf dem Papier reicher geworden sind. Auch das müsste bei der Bewertung der Niedrigzinspolitik berücksichtigt werden.

Und: Die deutschen Verbraucher haben nicht nur viel Vermögen angehäuft, sie haben auch hohe Schulden. Der Gesamtwert der Verbindlichkeiten beläuft sich auf 1,6 Billionen Euro. Wenn die Zinsen sinken, dann können diese Schulden günstiger bedient werden. Diese Zinsersparnis müsste also streng genommen von den Zinsverlusten abgezogen werden.

Und selbst wenn Söder richtig gerechnet hätte, sagt das noch wenig darüber aus, welche Folgen das Zinstief für den Alltag der Menschen hat. So verfügen die ärmsten 20 Prozent der Haushalte über praktisch kein Finanzvermögen, weshalb die Klage über niedrige Zinsen mit der Lebenswirklichkeit der meisten Geringverdiener nur wenig zu tun haben dürfte. Und die Hälfte der Deutschen hat im Schnitt weniger als 17 000 Euro angespart – ein Prozentpunkt Zins mehr oder weniger macht bei einer solchen Summe im Jahr gerade einmal 170 Euro aus. Umgekehrt ist Immobilienbesitz vor allem unter Gutverdienern verbreitet, weshalb diese Gruppe von den niedrigen Zinsen besonders profitiert. Zu den Hauptleidtragenden der niedrigen Zinsen dürften also Sparer mit hohen Rücklagen auf dem Bankkonto, aber ohne Immobilienbesitz gehören.

Richtig ist also: Immer wenn der Zins – wie derzeit – niedriger ist als die Inflationsrate, schrumpft der reale Wert des Ersparnis auf der Bank. Wie sehr und mit welchen Folgen für die allgemeine Vermögenssituation der Verbraucher, lässt sich aber nicht durch eine einfache Prozentrechnung bestimmen. Der von Markus Söder genannte Betrag ist in jedem Fall zu hoch gegriffen.

Weitere Informationen im Internet: www.zeit.de/serie/fakt-oder-fake

Die Wut der Frauen Fortsetzung von S. 19

Johannisthal zum Beispiel. Sie hat gemeinsam mit anderen Frauen gegen die SED-Führung gekämpft, etwa mit Marianne Birthler, der späteren Stasi-Unterlagen-Beauftragten. Als Angelika Barbe in den Bundestag einzog, da kämpfte sie auch für feministische Anliegen.

Seitdem hat sich etwas verändert in der deutschen Gesellschaft: Es gibt weniger Hausfrauen – und eine flächendeckende Krippenbetreuung nicht mehr nur in Potsdam, Rostock oder Dresden, sondern eben auch in Stuttgart, Bielefeld oder Lüneburg. Ost-Frauen haben ihr Lebensmodell in die Bundesrepublik exportiert. Für Frauen wie Angelika Barbe ist daraus ein Gefühl erwachsen: Avantgarde zu sein. Auf der richtigen Seite zu stehen – auch wenn das der Rest der Republik noch nicht begriffen zu haben scheint.

So ist das offenbar auch jetzt, nachdem Hunderttausende Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Angelika Barbe sagt: »Ich fürchte, dass die mühsam erkämpfte Gleichberechtigung der Frauen wieder aufgegeben wird.« Sie selbst höre von Freunden und Bekannten Geschichten über muslimische Jungen in deutschen Kitas, die sich weigerten, die Tische abzuwischen, schließlich sei das Frauenarbeit. Oder über muslimische Jungen in Berliner Schulen, die sagten, sie nähmen von Lehrerinnen keine Weisungen an. Mit jeder weiteren solcher Anekdoten, die Angelika Barbe hört, wächst für sie eine Gewissheit: mit ihrer Meinung vielleicht nicht in der Mehrheit zu sein, aber trotzdem recht zu haben. »Ich nehme in Kauf, allein zu stehen, das habe ich zu DDR-Zeiten schon getan«, sagt sie.

Sie steht nicht allein da, sondern montags neben einigen Hunderten anderen in Dresden auf der Straße. Angelika Barbe läuft immer noch bei Pegida mit, obwohl der Anführer der Truppe, Lutz Bachmann, inzwischen wegen Volksverhetzung verurteilt wurde.

Einmal sprach Angelika Barbe in der Landeszentrale mit einer Besuchergruppe über Pegida, sie weigerte sich, Pegidisten per se als Rechtsextreme zu bezeichnen – so jedenfalls erzählt sie es heute. Dieser Vorfall habe Folgen für sie persönlich gehabt: Öffentliche Veranstaltungen dürfe sie in der Landeszentrale nun nicht mehr moderieren. »Ich habe einen Maulkorb bekommen«, sagt sie – und es scheint, als sei sie ein bisschen stolz darauf. »Ich habe in der DDR Berufsverbot bekommen, weil ich nicht zu den SED-Verbrechen schweigen wollte«, sagt sie. »Ich habe einen zu hohen Preis dafür bezahlt, meine Meinung zu sagen, als dass ich jetzt darauf verzichten würde.«

Schon mehrere Male ist Barbe auch frauke Petry, der Parteichefin der AfD, begegnet. Einmal drückte sie ihr eine Thesensammlung in die Hand. Beim nächsten Treffen habe Petry sie wiedererkannt und gesagt, dass sie das Papier immer in ihrer Tasche trage. »Das hat mir natürlich gefallen«, sagt Barbe. Rechtspopulisten haben früh erkannt, welche Sprengkraft in feministischen Themen steckt. Lutz Bachmann kritisierte Muslime auf der Pegida-Bühne anfangs vor allem dafür, dass sie Frauen herabwürdigten. Und was Bielefelder Sozialpsychologen im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung mittels Befragungen herausgefunden haben, dürfte Rechtspopulisten bestärken. »Frauen sind im Durchschnitt signifikant



AFD-Sympathisantin Marion Held: »Sie werden denken, ich bin rechts, aber ich stehe für meine Heimat ein«

fremdenfeindlicher, rassistischer, islamfeindlicher und sexistischer als Männer«, heißt es in einer Studie von 2011. Eine Befragung aus dem Jahr 2005 kam zu dem Schluss, diejenigen Deutschen, die Zuwanderer am häufigsten abwerteten, seien ältere Frauen aus Ostdeutschland. Andreas Zick, Leiter der Studien und des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, erklärt das so: »Wenn Frauen sich als emanzipiert wahrnehmen – wie das häufiger in Ostdeutschland der Fall ist –, dann neigen einige von ihnen dazu, ihre Macht und ihre Dominanz herauszustellen, auch gegenüber Zuwanderern.« Unabhängig davon gilt laut den Bielefelder Studien: Je geringer das Einkommen, je niedriger der Bildungsgrad und je älter die Befragten, desto

häufiger neigen sie dazu, sich feindselig gegenüber schwächeren Gruppen zu äußern.

Auffällig ist, dass Frauen zum Beispiel im Führungszirkel von Pegida eine Minderheit waren – und dennoch mit die wichtigsten Rollen einnahmen. Zur Dresdner Oberbürgermeisterwahl nominierte Pegida eine Frau als Kandidatin: Tatjana Festerling. Die AfD konnte das Potenzial von mit ihren Themen sympathisierenden Frauen bei der vergangenen Bundestagswahl aber nicht ganz heben. Sie war damals eine überdurchschnittlich von Männern gewählte Partei. Hätten nur deren Stimmen gegolten, wäre sie schon 2013 in den Bundestag eingezogen. Nun versucht die Partei vereinzelt, gezielt die wütenden Frauen zu umwerben.

MACHER UND MÄRKTE

Feminismus für 2,50 Euro



Cover der ersten »F MAG«-Ausgabe aus dem Hause Gruner + Jahr

Um am Kiosk Erfolg zu haben, setzen Verlage heutzutage auf Mandalas zum Ausmalen oder auf die omnipräsente Barbara Schöneberger – Gruner + Jahr versucht es nun mit Feminismus. *F MAG* heißt das Magazin, das seit dieser Woche im Verkauf ist, die Startauflage liegt bei 100.000 Exemplaren. »Wir wollten unbedingt ein Magazin machen, das wir selbst gern lesen würden: mit Politik, Mode, Sex«, sagt Redaktionsleiterin Sara Schurmann. »Anfangs haben wir dabei gar nicht an Feminismus gedacht, der Begriff hatte für mich zu dem Zeitpunkt auch eher noch etwas Verstaubtes und Altbackenes.« Dann habe sie aber gemerkt, dass ihr Blick doch ein feministischer sei.

Feminismus, dafür stand jahrzehntelang vor allem Alice Schwarzer. Es gab ihr Magazin *Emma*, das 1977 zum ersten Mal erschien, dann kam lange nichts. 2008 brachten Meredith Haaf, Susanne Klingner und Barbara Streidl das Buch *Wir Alphamädchen* heraus (Unterzeile: *Warum Feminismus das Leben schöner macht*), 2012 erfand Lena Dunham die TV-Serie *Girls* und prägte damit ein neues weibliches Selbstbewusstsein. Feminismus hat das Schwarzer-Image abgelegt, der Begriff ist sexy geworden. Pinke Fingernägel und politisches Interesse passen für junge Feministinnen zusammen.

»Das F im Titel ist ein offenes F, das für alles steht, was wir mögen«, sagt Schurmann. »Freiheit, fummeln, frittieren.« Das Cover zeigt eine Frau in der Pose der Freiheitsstatue, im Heft wird ein Porno rezensiert, und es gibt tatsächlich Frittierrezepte. Ein positives Körpergefühl sei ihnen wichtig. »Unsere Leser sollen nicht denken: Oh Gott, ich muss eine Diät machen.« *Germany's Next Topmodel* (GNTM), die Sendung mit den sehr schlanken Mädchen, hat es trotzdem ins Heft geschafft, indirekt. Der Autohersteller Opel, offizieller Partner von GNTM, hat eine Anzeige geschaltet, mit GNTM-Logo. Mit *F MAG* wagt sich Gruner + Jahr in eine Printnische. In Deutschland kennt man seit 2008 vor allem das *Missy Magazine*, das sich selbst als »ein feministisches Magazin für eine neue Generation« bezeichnet. Sonja Eismann, eine der Herausgeberinnen, sagt: »Das *Missy Magazine* war Teil einer Speerspitze der feministischen Bewegung.« Der Feminismus von heute sei »marktkonform«, aber nicht bloß ein Trend. »Das wird bleiben.« **JBA**

Die Mütter bleiben zu Hause

90%

der Mütter von Kleinkindern hatten 2015 keinen Vollzeitjob

Noch immer sind es vor allem die Frauen, die mit Kleinkindern zu Hause bleiben. Das zeigen Zahlen des Statistischen Bundesamts, die es anlässlich des Weltfrauentags am Mittwoch dieser Woche präsentiert. Demnach haben nur zehn Prozent der Frauen mit Kindern unter drei Jahren einen Vollzeitjob. Bei 51 Prozent der Paare mit Kleinkindern geht die Mutter gar nicht mehr arbeiten. Ganz anders die Männer: Trotz Vatersein arbeiten 83 Prozent regulär weiter. Bei nur zwei Prozent der Paare läuft es umgekehrt, also so, dass der Mann zu Hause bleibt und sich ausschließlich um die Kinder kümmert, während die Mutter einem Vollzeitjob nachgeht. **JBA**

Berichtigung

In dem Artikel *Diesel raus aus den Städten* (ZEIT Nr. 10/17) ist uns ein Fehler unterlaufen. Wir haben die Feinstaub- und Stickoxidwerte vertauscht. Richtig ist, dass am Stuttgarter Neckartor im vergangenen Jahr an 63 Tagen der in der EU zulässige Feinstaubgrenzwert von 50 Mikrogramm je Kubikmeter überschritten wurde. Das Jahresmittel der Stickoxidbelastung lag bei 82 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Sie ist doppelt so hoch, wie EU-Gesetze erlauben. **DZ**